

Aktives Flächenmanagement; Stellungnahme Rf. II/Käm

- I. Grundsätzlich wird ein aktives Flächenmanagement sehr begrüßt.

Bei all den (ehrgeizigen) Klima- und Umweltschutzprojekten wird aber gebeten, stets auch die Finanzierung dieser Maßnahmen miteinzubeziehen. Die finanziellen Mittel der Stadt Fürth sind und bleiben – insbesondere aufgrund der Corona-Pandemie und deren (langfristigen) Folgen – äußerst knapp, vor allem vor dem Hintergrund der anstehenden „Jahrhundertinvestitionen“ im Schulbereich. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass aktuell noch Rücklagen vorhanden sind, von denen im Übrigen schon viele für die Finanzierung ganz konkreter Vorhaben zweckgebunden sind.

Die in der Empfehlung angesprochene Bodenvorratspolitik wird h.E. schon umgesetzt. Zu nennen ist hierbei das ehemalige Faurecia Gelände oder Atzenhof.

Bei aller Berechtigung der in der Empfehlung des Nachhaltigkeitsbeirats dargestellten natur- und baurechtlichen Investitionen ist es h.E. sinnvoll, jede Investition einzeln abzuwägen. Diese Abwägung sollte 1.) darin bestehen, ob die Investition finanziert werden kann und falls ja 2.) ob die Investition im Bereich Klima/Naturschutz (wie vom Nachhaltigkeitsbeirats gefordert) umgesetzt werden soll oder doch in einen anderen, ebenfalls gesellschaftspolitisch relevanten Bereich investiert werden wird (wie z.B. im Bereich Schule und Erziehung oder im Bereich Soziale Hilfe etc.). Eines ist dabei klar: mangels ausreichender Mittel wird es h.E. zu einer Priorisierung kommen müssen. Eine Priorisierung, die selbstverständlich auch, aber nicht einzig den klima- und naturschutzrechtlichen Bereich umfassen sollte.

Die aktive Grundstückspolitik, die wir bisher genau im Sinne des Nachhaltigkeitsbeirats betrieben haben, ist endlich. Inklusiv der für 2021 geplanten Mittel wurden seit 2014 rund 60 Mio. € für aktives Flächenmanagement ausgegeben. Keine Stadt unserer Größenordnung hat so viel in Grundstückserwerbe investiert. Wir müssen jetzt diese Gebiete entwickeln, die wir gekauft haben. Die Stadtentwicklung, die wir mit den Grundstückskäufen aktiv betreiben wollten und wollen, muss nun umgesetzt werden. Eine weitere Vorratspolitik ist gegenwärtig daher nicht möglich, da wir unsere finanziellen und personellen Ressourcen auf diese Areale konzentrieren müssen.

- II. LA Per Mail zur Einstellung in Session

Fürth, 24.09.2021
Rf. II
gez. Ammon